

Beschluss Unsere grüne Friedens- und Außenpolitik

Gremium: BAG Frieden und Internationales

Beschlussdatum: 14.09.2019

Antragstext

1 Unsere grüne Friedens- und Außenpolitik

2 Die internationalen Beziehungen durchlaufen dramatische Veränderungen. Dabei
3 nehmen auch Spannungen und Widersprüche zu, auf die grüne Friedens- und
4 Außenpolitik Antworten finden muss. Der Verbrauch von Ressourcen und
5 Umweltverschmutzung bedrohen unsere Lebensgrundlage. Der zunehmende Reichtum ist
6 außerdem extrem ungleich verteilt. Was für einige Überfluss verspricht, bedeutet
7 für viele Armut, Ausbeutung und Leidensdruck. Noch nie waren die
8 Kommunikationsmöglichkeiten zwischen Ländern und Kulturen so vielfältig. Doch
9 der Kontakt mit "anderen" wird nicht leichter. In Filterblasen sprechen wir
10 immer öfter und verständnisloser über- statt miteinander.

11 All dies erhöht das Eskalationsrisiko lokaler und globaler Konflikte. Umwelt-,
12 Wirtschafts-, und soziale Krisen, aber auch militärische Auseinandersetzungen,
13 Krieg und Flucht sind zu weltpolitischen Alltagserscheinungen geworden. Oft
14 hängen sie miteinander zusammen und verschärfen sich gegenseitig. Die zunehmende
15 Polarisierung von Diskursen und Politik verhindert, dass Probleme bei ihren
16 Ursachen angegangen werden. Die Propagierung kurzfristiger militärischer
17 Lösungsansätze macht sie sogar noch schlimmer. Extrembeispiele dafür sind Kriege
18 „gegen Terror“ oder „gegen Drogen“, oder die unkritische Aufrüstung
19 vermeintlicher Verbündeter in Krisenregionen durch Waffenexporte.

20 Gerade herrscht auf der politischen Weltbühne zudem das Prinzip der Sicherheit
21 durch Einschüchterung und Dominanz. Diesen Sicherheitsbegriff müssen wir
22 umkehren. Sicherheit ist für uns die Gewährleistung der universellen
23 Menschenrechte und umfasst auch die Beteiligung am politischen und öffentlichen
24 Leben, Bildungs- und Chancengleichheit, gesundheitliche Aspekte, reproduktive
25 und sexuelle Rechte, Ernährungssouveränität, gerechte Ressourcenverteilung und
26 die Freiheit von Not und Furcht.

27 Kern unserer außenpolitischen Bemühungen muss es sein, systematisch auf globale
28 Entspannung und Überwindung von Gegensätzen hinarbeiten. Dadurch gewinnen wir
29 gegenseitiges Vertrauen zur dringend gebotenen gemeinschaftlichen Lösung
30 globaler Schicksalsfragen. International müssen Deutschland und die EU dazu
31 trotz Gegenwind noch intensiver auf eine Verrechtlichung und
32 Institutionalisierung unseres globalen Miteinanders hinwirken. Dies bedeutet,
33 das Völkerrecht und multinationale Institutionen zu verteidigen, zu stärken und
34 weiterzuentwickeln. Gleiches gilt für das internationale Strafrecht und den
35 Internationalen Strafgerichtshof. Wir stehen ein für die Stärke des Rechts statt
36 dem Recht des Stärkeren. Das geht nur effektiv, wenn wir uns selbst konsequent
37 an internationale Abkommen und Normen halten und uns unserer eigenen
38 geschichtlichen Verantwortung bewusst sind.

39 Grüne Friedens- und Außenpolitik ist im besten Sinne radikal. Sie will die
40 Probleme bei den Ursachen packen und denkt grundsätzlich präventiv. Kein Genozid
41 fällt einfach so vom Himmel, keine Krise kommt ohne Vorboten. Und kein Krieg ist
42 unausweichlich. Grüne Friedens- und Außenpolitik ist deshalb auch kreativ. Sie

43 versucht Entscheidungen zu vermeiden, bei denen Politik zwischen zwei Übeln
44 wählen muss. Mit Dialog, Empathie und Vorstellungskraft bemühen wir uns immer um
45 gewaltfreie Ansätze zur Bearbeitung von Konflikten.

46 Das Gewaltverbot des Art. 2 (4) der VN-Charta ist eine große Errungenschaft.
47 Militärische Lösungen für Konflikte gibt es nicht. Kampfeinsätze sind für uns
48 höchstens letztes Mittel, und immer Ausdruck eines Scheiterns.

49
50 Der Einsatz von Militär ist nur zum Selbst- und Bündnisschutz, auf dem
51 Territorium eines um militärischen Beistand bittenden Staates, sowie im Rahmen
52 völkerrechtskonformer Missionen mit Mandat der Vereinten Nationen, nämlich zur
53 Wahrung des Weltfriedens, im Falle eines Genozids oder bei Verbrechen gegen die
54 Menschlichkeit, zu rechtfertigen.

55
56 Militär kann allenfalls als ein Instrument zur Verhinderung solcher Verbrechen
57 beitragen und Bedingungen für Verhandlungslösungen schaffen. Wir werden
58 Einsätzen der Bundeswehr nur mit einem Mandat der Vereinten Nationen zustimmen.
59 Jeder militärische Einsatz hat zugleich einen hohen Preis. Es darf keinen
60 militärischen Einsatz ohne einen Plan für die Konfliktnachsorge und ohne
61 Ausstiegs- und Abzugsstrategie geben.

62 Zudem braucht es gegenseitiges Verständnis: Internationale und Interkulturelle
63 Sensibilität und Solidarität müssen auf allen Ebenen gefördert werden. Dazu
64 gehören möglichst allen Menschen zugängliche Möglichkeiten des Austausches.
65 Mobilität, Bildung und Kultur sind hierbei wichtige Säulen. Bezüglich
66 bestehender, sowie möglicher neuer Konflikte, braucht es zudem deutlich stärkere
67 Aufklärung und Analysefähigkeiten, sowohl in den außenpolitischen Institutionen
68 wie auch in unseren Gesellschaften insgesamt. Unsere Außenpolitik muss hierauf
69 aufbauen und jeweils die Sichtweisen aller Beteiligten miteinbeziehen, anstatt
70 populistisch und konfliktverschärfend primär irgendeine „Heimkurve“ zu
71 adressieren.

72 Feministische Außenpolitik

73 Die Hälfte der Macht den Frauen* - das muss auch in der Außen- und
74 Sicherheitspolitik gelten! Frauen* bestimmen bisher nur selten mit, wenn es um
75 die großen außenpolitischen Herausforderungen und Konflikte geht. Dabei sind
76 sie* besonders drastisch von Kriegen, Krisen und Umweltzerstörung betroffen.
77 Frauen* sollen jedoch nicht als Opfer stigmatisiert werden, sondern als
78 Akteur*innen für Frieden und Sicherheit auftreten. Ein gerechtes und friedliches
79 Zusammenleben ist nur durch konsequente Teilhabe und Einbeziehung der
80 Perspektive von Frauen* und marginalisierten Gruppen möglich.

81 Wir verfolgen einen intersektionalen Ansatz. Das heißt, dass wir besonders
82 aufmerksam sind für Überschneidung von verschiedenen Diskriminierungsformen.
83 Systematische Benachteiligung von Teilen der Bevölkerung beim Zugang zu Macht
84 und Ressourcen birgt ein erhebliches Konfliktpotenzial. Darum treten wir ein für
85 eine Welt, in der alle ohne Gewalt und Unterdrückung leben können.

86 Krisen und Kriege treffen Frauen* und andere verletzliche Gruppen in besonderer
87 Heftigkeit und ihre Perspektive bleibt dennoch unberücksichtigt. Sexualisierte
88 und genderbasierte Gewalt wird vermehrt in und nach Konflikten ausgeübt, teils
89 bewusst als Kriegswaffe eingesetzt. Konfliktanalysen müssen in allen Phasen des
90 Konfliktzyklus auch die Genderperspektive einbeziehen. Das gilt von der

91 Erarbeitung von Frühwarnmechanismen bis hin zu Nothilfe und Wiederaufbau. Solche
92 feministischen Analysen bilden die Grundlage für politische Entscheidungen.

93 Die Erfahrungen von Frauen* müssen in die Verhandlungsrunden einfließen.
94 Aufgrund ihrer Sozialisierung und spezifischen Betroffenheit haben Frauen* oft
95 einen Blick für tieferliegende, strukturelle Ursachen von Konflikten und können
96 daher zu besseren Lösungen beitragen. Ihre Einbindung in Prozesse der
97 Friedensförderung und Konfliktprävention darf sich nicht auf bloße Anwesenheit
98 beschränken, sondern muss auch Entscheidungsmacht umfassen, im zivilen und im
99 militärischen Bereich.

100 Unsere feministische Außenpolitik sorgt für grundlegende gesellschaftliche
101 Veränderung: Wir wollen mit Diversität gegen homogene Machtzirkel und
102 diskriminierende Netzwerke kämpfen. Wenn es lokale, möglichst unabhängige
103 Frauen*organisationen gibt, sollen sie Zugang zu Verhandlungen und
104 Öffentlichkeit erhalten. Wo noch keine solchen Organisationen bestehen, soll der
105 Aufbau unterstützt werden. Gerade in Post-Konflikt-Situationen und
106 Staatenbildungsprozessen sollte die Chance genutzt werden, die Entwicklung von
107 Frauen*rechten und -partizipation zu unterstützen.

108 Auch Männer und Jungen profitieren von Gleichstellung und müssen dazu beitragen,
109 Frauenrechte und Teilhabe voranzutreiben. Um dem Problem von „militarisierter
110 Maskulinität“ zu begegnen, müssen wir patriarchalische und aggressive
111 Männlichkeitsbilder in Frage stellen. Dies wird auch Männern und Jungen
112 zugutekommen, die selbst an stereotypisierten Erwartungen an sie leiden, oder
113 ebenfalls negativ von den Auswirkungen männlich dominierter Politik betroffen
114 sind.

115 So umgesetzt ist eine feministische Außenpolitik ein Gewinn für alle Seiten. Mit
116 ihr bauen wir verschiedene Formen der Benachteiligung ab und fördern so
117 Stabilität und Frieden.

118 Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit

119 Friedenspolitik heißt Konflikte annehmen und gewaltfrei bearbeiten. Grundlage
120 einer gewaltfreien Konfliktbearbeitung ist zum einen, die gegenseitigen
121 Positionen, Interessen und Bedürfnisse zu achten. Dies erfordert andererseits,
122 auf Waffengewalt und Drohungen zu verzichten. Die Bereitschaft zur
123 wechselseitigen Entwaffnung und Aufgabe gegenseitiger Drohungen ist also Dreh-
124 und Angelpunkt für gewaltfreie Konfliktbearbeitung.

125 Abrüstung, Rüstungskontrolle und Strukturen kooperativer Sicherheit zielen
126 darauf ab, gewaltfreie Konfliktbearbeitung zu verstetigen. Durch Verhandeln,
127 Vereinbaren und Überwachen von Regeln und Grenzen für Bewaffnung, wird das
128 Gewaltpotential von Konflikten geschrumpft. Darüber hinaus bildet sich ein
129 institutioneller Rahmen für Vertrauensbildung und gewaltfreie
130 Konfliktbearbeitung. Dahinter steckt die Überzeugung, dass die Wahrung von
131 Frieden mit einem kooperativen Sicherheitsverständnis besser gelingt als mit
132 kompetitiven Konzepten von Sicherheit. Dieser Gedanke hat nach dem Ende des
133 Kalten Krieges die sicherheitspolitische Zusammenarbeit beflügelt und zahlreiche
134 Übereinkommen für Abrüstung, Rüstungskontrolle und Institutionen kooperativer
135 Sicherheit ermöglicht.

136 Die Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitischen Errungenschaften wurden jedoch
137 nicht konsequent gepflegt und ausgebaut. Stattdessen setzte sich immer wieder der

138 Geist kompetitiver Sicherheit durch. Den begrenzenden Einigungen über Abrüstung
139 und Rüstungskontrolle in bestimmten Bereichen wurde durch gezielte Aufrüstung
140 und Neuentwicklungen von Waffensystemen in anderen Bereichen ausgewichen.
141 Bündnisstrukturen wurden nicht durch Strukturen kooperativer Sicherheit ersetzt,
142 sondern ausgedehnt und für neue Aufgaben verstärkt. Hinzu kommt die Aufrüstung
143 neuer Regional- und Weltmächte.

144 Inzwischen zersetzt die weltweite Rüstungsspirale samt ihrer kompetitiven
145 Sicherheitslogik auch die bereits geschaffene Abrüstungs- und
146 Rüstungskontrollarchitektur insgesamt. Europa ist von diesem Vertrags- und
147 Regelzerfall besonders betroffen. Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und
148 kooperative Sicherheit wieder voranzubringen, müssen wir uns von
149 Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen, die ganze Bandbreite von
150 Waffensystemen in den Blick nehmen und Verträge sowie Institutionen neu
151 aufstellen.

152 Vor der eigenen Haustüre zu kehren ist der erste Schritt. Rüstungsexporte in
153 Krisengebiete und an Staaten, die systematisch Menschenrechte verletzen, müssen
154 gesetzlich verboten sein. Nicht wirtschaftliche Erwägungen oder die eigene
155 Rüstungsindustrie, sondern friedenspolitische Zielsetzungen müssen entscheidend
156 sein. Auch auf europäischer Ebene müssen dem weltweiten Waffenhandel enge
157 Grenzen gesetzt und die ausufernde Verbreitung europäischer Waffen in die ganze
158 Welt beendet werden. Dies sowohl im Interesse der eigenen Sicherheit als auch,
159 um der weltweiten Bewaffnung insbesondere von autoritären Staaten und in
160 Krisengebieten entgegen zu wirken.

161 Deutschland muss außerdem konsequent auf Nuklear- und andere
162 Massenvernichtungswaffen verzichten. Die hier stationierten Nuklearwaffen müssen
163 abgezogen und der Ausstieg aus der Nuklearenergie im zivilen wie im
164 militärischen Bereich vollendet werden. Wir wollen eine Verankerung von
165 Nuklearenergie- und Nuklearwaffenfreiheit im Grundgesetz diskutieren.
166 International muss sich Deutschland für Verbot und die Ächtung aller
167 Massenvernichtungswaffen einsetzen und alle Verträge, die dieses Ziel verfolgen,
168 unterstützen. Dazu zählen heute auch der Nuklearer Nichtverbreitungsvertrag und
169 der Nuklearwaffenverbotsvertrag.

170 Wir treten für ein generelles Verbot von Waffensystemen ein, die grausam und
171 unterschiedslos töten und nicht mit dem humanitären oder
172 Kriegsvölkerrecht vereinbar sind. Neben den Massenvernichtungswaffen zählen
173 hierzu Antipersonenminen und Streumunition. Die Entwicklung neuer Systeme, die
174 gegen diese Grundregeln verstoßen, lehnen wir ab und treten für deren weltweites
175 Verbot ein. Auch bewaffnete Drohen und Waffensysteme, die ohne effektive
176 menschliche Kontrolle Entscheidungen über Leben und Tod treffen können, lehnen
177 wir für die Bundeswehr ab und setzen uns für deren Ächtung und Verbot ein. Die
178 weitere Militarisierung des Weltraums nehmen wir nicht hin. Für all diese
179 Kategorien braucht es klare internationale Regeln bzw. Verbote, und Regime zur
180 Sicherstellung ihrer Einhaltung.

181 Die zunehmende Ausweitung der militärischen Nutzung neuer Technologien betrifft
182 auch besonders den digitalen Raum. Hier treten wir für klare Grenzen und einen
183 Verzicht auf die offensive militärische Nutzung ein und sehen die Verantwortung
184 für den Schutz der IT-Infrastruktur im Innen- und nicht im Verteidigungsressort.

185 Sie darf außerdem nicht gegen Bürger*innen- und Menschenrechte ausgespielt
186 werden, insbesondere nicht im Datenschutz.

187 Als Motor künftiger Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen soll das
188 humanitäre Völkerrecht dienen, das den Schutz der Bevölkerung in em Mittelpunkt
189 stellt. Mit dieser Perspektive können wir auch künftigen militärtechnologische
190 Entwicklungen Grenzen setzen und die gewaltfreien Konfliktbearbeitung fördern.
191 Darum wollen wir das humanitäre Völkerrecht stärken und weiterentwickeln.

192 Um Abrüstung, Rüstungskontrolle und kooperative Sicherheit wieder
193 voranzubringen, müssen wir uns von Sicherheitsegoismen und Blockdenken lösen.
194 Wir wollen einen Paradigmenwechsel in der Sicherheitspolitik und Strukturen der
195 kooperativen Sicherheitsauf- und ausbauen, die perspektivisch kompetitiv
196 ausgerichtete Sicherheitsallianzen ersetzen können. Hierzu müssen auch
197 Deutschland und die EU sich loslösen von einer kurzsichtigen, weil egoistischen
198 Sicherheitspolitik und den Prinzipien der Abschreckung und Abschottung.

199 Multilateralismus und seine wichtigsten Institutionen: EU und VN

200 Wir müssen anerkennen, dass es viele Akteur*innen in unserer globalen Realität
201 gibt, die ihr Handeln auf eine „Logik der Unsicherheit“ stützen. Damit müssen
202 wir vor allem kurzfristig auch pragmatisch umgehen. Wo immer möglich verfolgen
203 wir aber einen anderen Ansatz. Dazu gehören die zivile Krisenprävention und der
204 verstärkte Einsatz diplomatischer Mittel. Anstatt uns in die Ecke drängen zu
205 lassen, wollen wir Verbündete suchen, die dem eine solidarische und offene
206 Perspektive auf die Welt entgegensetzen. "Wir" muss dabei wegen ihrer Kombination
207 aus Gewicht und prinzipieller Einigungsfähigkeit wo möglich mindestens die EU
208 bedeuten, aber als Begriff immer wertorientiert erweiterbar bleiben.

209 Eurozentrismus, d.h. den primären oder ausschließlichen Bezug globaler
210 Fragestellungen auf uns, oder den Glauben, Europa wüsste oder könne alles
211 besser, lehnen wir ab. Diese Denkweise verhindert es oft, konstruktiv mit
212 anderen zusammenzuarbeiten. Es ist im Gegenteil besonders wichtig, die Sicht
213 anderer auf Europa und Deutschland anzuerkennen und zu berücksichtigen. Dies
214 gilt insbesondere für Zusammenhänge, in denen letztere besondere historische
215 Verantwortung tragen, wie z.B. im Zusammenhang des Kolonialismus, der Shoah,
216 oder anderen massiven Verbrechen. Deren Aufarbeitung darf nicht enden und muss
217 immer die Perspektiven der Opfer mit einbeziehen.

218 Die weitere Einigung und Entwicklung Europas im Sinne einer friedlichen EU darf
219 nicht in pauschaler Abgrenzung zu oder gar Dämonisierung von anderen Staaten
220 erfolgen, sondern muss mit Dialog und friedlichem Ausgleich und den Interessen
221 aller im Blick einhergehen. So kann sie mehr noch als ein Einigungsprozess nach
222 innen, auch ein Friedens- und Entwicklungsprozess nach außen sein. Dieses
223 Potenzial wird heute noch zu wenig genutzt. Im Gegenteil: Europas Verschleppung
224 u.a. einer echten, mindestens EU-weit koordinierten Energiewende gefährdet das
225 Weltklima, während viele europäische Konsum- und Handelsmuster vor allem
226 Menschen andernorts die Existenzgrundlagen entziehen. Zudem treiben europäische
227 Waffenexporte Aufrüstungsspiralen und entsprechende Unsicherheitslogiken an,
228 während europäische Migrationspolitik einseitig auf Abschottung setzt und hat so
229 den Tod vieler Menschen zu verantworten.

230 Europa kann einen Unterschied machen, wenn es um Menschenrechte, Frieden,
231 Sicherheit und Freiheit geht, auch über seine Grenzen hinweg! Wir wollen uns

232 darum für ein Gemeinsames Haus Europa einsetzen. Dafür braucht es eine starke
233 EU, aber auch viel Engagement für Institutionen wie die OSZE und die
234 Zusammenarbeit im Europarat. Unsere Vision eines außenpolitisch starken Europas
235 ist eine zivile, eine inklusive, eine solidarische Stärke, die aus einer
236 menschenrechtsorientierten Politik friedensstiftend wirkt. Den aktuellen Fokus in
237 der EU auf eine Union der Verteidigung lehnen wir ab. Er beschränkt Europas
238 Friedenspotenziale und führt zu weiterer Aufrüstung. Eine wie auch immer
239 geartete nukleare Bewaffnung einer EU-Armee ist für uns nicht akzeptabel. Eine
240 EU-Armee ist für uns nur diskutabel, sofern ihr Einsatz (vergleichbar mit der
241 Bundeswehr) an einen EU-Parlamentsvorbehalt gebunden ist und durch sie Synergie-
242 Effekte insgesamt deutlich Rüstungsausgaben einspart. Sie darf aber nicht unsere
243 Sicht und Prioritäten bezüglich nachhaltiger Konfliktbehandlung bestimmen.
244 Stattdessen liegt unser Schwerpunkt in der Früherkennung und Prävention und wir
245 fordern, die finanziellen Mittel dafür, anstatt für Militär, auszuweiten.

246
247 Seit vielen Jahren wird gefordert, dass Europa, bzw. die EU, „weltpolitikfähig“,
248 d.h. geeint handlungsfähig, werden sollte. Jedoch: Europas außen- und
249 sicherheitspolitische Einigung, so wie wir sie uns vorstellen, kann sich nur in
250 der Zuwendung zum Multilateralen Dialog vollziehen. Multilateralismus bedeutet,
251 dass zentrale Akteure ihre Politik im gegenseitigen Respekt miteinander
252 absprechen und gemeinsam handeln. Nur so können wir auch den Grundstein setzen
253 für einen globalen Ordnungsrahmen, der zur neuen, multipolaren Ära passt und dem
254 Ausgleich dienlich ist.

255 Die Vereinten Nationen (VN) haben sich in den ereignisreichen und wechselhaften
256 Jahrzehnten ihrer Existenz als Institution mit zahlreichen Unterorganisationen
257 stark erweitert, um globalen Herausforderungen besser begegnen zu können.
258 Zentrale Probleme der politischen Steuerung und Entscheidungsfindung in ihren
259 Gremien wurden jedoch nach einer kurzen, durch das Ende des Kalten Krieges
260 bedingten Hoffnungsphase wieder offensichtlicher. Hinweise auf Missstände sollen
261 von uns aber keine Pauschalkritik sein, wie sie oft gerade von denen kommt, die
262 effektiven Multilateralismus ausbremsen - Gerade weil wir an die VN als die
263 primäre Akteurin und Verhandlungsort für globale Fragen stärken wollen,
264 kritisieren wir ihren aktuellen Zustand.

265 Vor allem der VN-Sicherheitsrat als nach wie vor das zentrale Gremium, das
266 friedenserhaltende und friedenserzwingende Maßnahmen beschließen kann, wird
267 seinen Anforderungen nicht gerecht. Seine Zusammensetzung ist nicht
268 repräsentativ: Viele Länder mit sehr großen Bevölkerungen (z.B. Indien) sitzen
269 hier nicht dauerhaft mit am Tisch. Und das einsame Vetorecht seiner fünf
270 ständigen Mitglieder wird oft für Sonderinteressen missbraucht, selbst wenn
271 diese viele Menschen zu Leid, Elend, Unterdrückung und Tod verdammen.
272 Multilaterale Strukturen wie der VN-Sicherheitsrat müssen dahingehend reformiert
273 werden, dass sie demokratischer, repräsentativer als auch weniger
274 blockadeanfällig werden. Deshalb fordern wir eine Reformierung der
275 Sitzverteilung im VN-Sicherheitsrat und des Vetorechts. Gleichzeitig müssen
276 regionale Institutionen wie zum Beispiel die Afrikanische Union weiter gestärkt
277 und die Kooperation mit ihnen ausgebaut werden.

278 Zudem mangelt es an ausreichender Ausstattung zahlreicher VN-Organisationen, um
279 ihre wachsenden Aufgaben angemessen zu erfüllen. Dies gilt für die finanzielle
280 und auch die personelle Ausstattung. Vor allem wenn Gefahr im Einsatz droht, wie

281 im Falle von Polizist*innen oder Soldat*innen, zögern gerade die reicheren
282 Staaten, darunter Deutschland, ihren Fähigkeiten gemäß mit anzupacken. Ehrlicher
283 und effektiver Multilateralismus bedeutet für uns nicht „nur“, in für den
284 Weltfrieden kritischen Situationen die Einhaltung internationaler rechtlicher
285 Normen zu fordern, sondern auch, sich an entsprechend beschlossenen Maßnahmen
286 nach Kräften zu beteiligen.

287 Unser Respekt und unsere Wertschätzung gelten all jenen, die die in der VN-
288 Charta verankerten Werte und Menschenrechte mit Leben füllen und in der Welt
289 vertreten. Dazu gehören international wie national insbesondere auch
290 Diplom*innen, Aktive der Entwicklungszusammenarbeit, zivile
291 Krisenhelfer*innen, sowie die Angehörigen von Streitkräften. Sie alle wollen wir
292 anhören und nehmen sie in unseren außen- und friedenspolitischen
293 Positionierungen ernst.

Begründung

Erfolgt mündlich,
Antrag der vier Sprecher*innen & stellv. Sprecher*innen: Juliana Wimmer, Jan Schierkolk, Sara Nanni,
Sascha Hach.

Vielen Dank an alle, die sich schon eingebracht haben! Wir haben versucht auf vieles einzugehen. Über
weitere Änderungsanträge freuen wir uns!